

Jenny Simon

Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung

Der Beitrag nimmt die jüngste Diskussion um eine Krise der Globalisierung zum Anlass, der Rolle Chinas in den Auseinandersetzungen um die Form der bislang klar marktliberal geprägten Weltwirtschaftsordnung nachzugehen. Analysiert wird das politische Projekt einer veränderten Integration Chinas in die Weltwirtschaft nach der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie dessen Implikationen für die Gestalt der Globalisierung. Es wird argumentiert, dass die Doppelstrategie der chinesischen Regierung zur Formierung eines staatskapitalistischen Ordnungsmodells führt, dessen zentrale Prinzipien im Konflikt zur wirtschaftsliberal ausgerichteten Globalisierung stehen. Die Außen(wirtschafts)politische Orientierung der Regierung Trump könnte diese Entwicklung noch verstärken.

1. Einleitung*

Im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise mehren sich Stimmen, die eine Krise der Globalisierung konstatieren. Neben der Verschiebung von Kräfteverhältnissen in den Zentren der Weltwirtschaft zugunsten einer nationalistischen, neo-protektionistischen oder rechtspopulistischen Orientierung wird hierfür insbesondere der Aufstieg großer Schwellenländer als Ursache bewertet. Allerdings scheint weniger die Globalisierung selbst infrage gestellt zu werden. Angesichts der anhaltenden Bedeutung global ausgerichteter Wirtschaftsstrategien lassen sich die aktuellen Konflikte im Gefüge der Weltwirtschaft vielmehr als Auseinandersetzungen um die Form der bislang klar durch die Prinzipien der liberalen Weltwirtschaftsordnung geprägten Globalisierung interpretieren.

Der Beitrag nimmt die Diskussion um eine Krise der Globalisierung zum Anlass, der Rolle Chinas in den Auseinandersetzungen um die Form der Globalisierung nachzugehen. Aus einer prozessorientierten, hegemonietheoretischen Perspektive wird das Projekt einer veränderten Integration Chinas in die Weltwirtschaftsbeziehungen nach der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise analysiert und dessen Implikationen für die Gestalt der Globalisierung diskutiert. Der Beitrag argumentiert, dass eine Doppelstrategie der chinesischen Regierung, die einerseits auf eine verstärkte Integration in die Strukturen und Institutionen der liberalen Wirtschaftsordnung und andererseits auf die Etablierung paralleler internationaler Organisationen und Strukturen mit konkurrierenden Ordnungsmustern zielt, die Erhöhung der Ak-

* Für hilfreiche Kommentare danke ich Kai Koddenbrock, Malte Lühmann und Hans-Jürgen Bieling sowie den beiden anonymen GutachterInnen der zib.

zeptanz und Verankerung von Prinzipien einer staatskapitalistisch orientierten Außenwirtschaftspolitik auf internationalem Parkett anstrebt. Damit formiert sich ein staatskapitalistisches Ordnungsmodell, welches in Konflikt zu zentralen Prinzipien der wirtschaftsliberal ausgerichteten Globalisierung steht.¹

2. Prozessorientierte Analyse der Auseinandersetzungen um die Gestalt der Globalisierung

Die Diskussion um die geopolitische Rolle Chinas und das mit seiner Entwicklungsweise verbundene wirtschaftliche Ordnungsmodell bewegt sich in der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie vor allem zwischen zwei Positionen (Schmalz 2010: 484-486): Die erste wird vor allem von imperialisttheoretisch orientierten AutorInnen vertreten und nimmt eine Persistenz der Führungsrolle der USA sowie der von in den USA verankerten sozialen Kräften maßgeblich getragenen liberalen Weltwirtschaftsordnung und Form der Globalisierung an. Gleichzeitig werden Strukturprobleme der chinesischen Ökonomie betont. Die starke Exportorientierung und damit verbundene Außenabhängigkeit führt gepaart mit Bestrebungen der Zentren, die chinesische Ökonomie zu öffnen, zu einer abhängigen Integration Chinas in die liberale Weltwirtschaftsordnung (exemplarisch Panitch 2010: 82-84). Weltsystemtheoretisch fundierte Perspektiven betonen hingegen Strukturprobleme der US-Ökonomie und gehen davon aus, dass Asien unter chinesischer Führung das Potenzial habe, die USA als Zentrum eines neuen Weltsystems abzulösen (Li 2008; Arrighi 2008; Schmalz 2015). China wird hierbei eine eigene, im Kontrast zur marktliberalen als staatskapitalistisch bezeichnete Entwicklungsweise zugeschrieben, die über unterschiedliche Wirkungszusammenhänge Eingang in geopolitische und geo-ökonomische Auseinandersetzungen findet (Arrighi/Zhang 2010: 23-36). Dadurch könne letztendlich auch die weltwirtschaftliche Ordnung und die mit ihr verbundene Form der Globalisierung transformiert werden.

Während die strukturanalytischen Aspekte dieser Diskussion einen wichtigen Rahmen für das Verständnis der Rolle Chinas im transnationalen Raum bieten, wird im Folgenden eine prozessorientierte, hegemonietheoretisch fundierte Perspektive genutzt, um die konkreten Strategien und Auseinandersetzungen um die Gestalt von Weltwirtschaftsordnung und Globalisierung sowie der chinesischen Rolle in dieser zu fassen. Hierfür ist zunächst zentral, dass eine an Gramsci orientierte hegemonietheoretische Perspektive inter- und transnationale Kräfteverhältnisse nicht auf ökonomische und militärische Dominanz reduziert. Zentrales Fundament ist auch die Fähigkeit sozialer Kräfte, eigene Interessen in Form allgemein formulierter Weltsichten, Normen und Regeln als sozio-ökonomische und politische Struktur zu verallgemeinern. Zustimmung wird durch eine selektive Integration anderer so-

1 Empirische Grundlage der Analyse bilden die qualitative Auswertung von ExpertInnen-interviews (geführt in China, USA und Deutschland), Strategiepapieren und deskriptiven Statistiken sowie eine Sekundäranalyse empirischer Studien, die in einem *mixed method design* integriert wurden.

zialer Gruppen und deren Interessen generiert, wofür Allianzen (asymmetrische) Kompromisse und (im-)materielle Konzessionen zentrale Mittel darstellen.² Gelingt eine solche, immer als umkämpft verstandene, konsens- und kompromissbasierte Verallgemeinerung von Interessen und Integration der Geführten, wird von Hegemonie als spezifischer Form von Herrschaft gesprochen. Gegenüber einer auf zwischenstaatliche Beziehungen fokussierten Sichtweise werden inter- und transnationale Machtstrukturen aus dieser Perspektive als Beziehungen zwischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen verstanden. Dieses Konzept bezeichnet neben den staatlichen Exekutivorganen auch die zivilgesellschaftlichen und sozioökonomischen Interaktionsmuster einer Gesellschaft und betont die Relevanz der polit-ökonomischen, institutionellen, diskursiven und ideellen Dimension von politischem Handeln und im weiteren Sinne staatlicher Machtbeziehungen.³ Eine hegemonie-theoretisch fundierte Sichtweise auf Prozesse der internationalen politischen Ökonomie impliziert damit, dass eine Analyse ökonomischer Indikatoren zur Bestimmung der Position Chinas im Gefüge der Weltwirtschaft und deren Implikationen für die Gestalt der Globalisierung zu kurz greift. Vielmehr gilt es auch, die Strategien und Auseinandersetzungen um die Verallgemeinerung von Interessen sowie die damit verbundenen Kompromisse und Bündnisse in den Blick zu nehmen und an die Transformationen von transnationalen Strukturen rückzubinden.

Zur Analyse der Auseinandersetzungen um die Weltwirtschaftsordnung schlägt van der Pijl (1998; 2006) eine Heuristik zweier verschiedener gesellschaftlicher Organisationsprinzipien und weltwirtschaftlichen Integrationsmustern folgenden Typen von Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen vor, deren Konkurrenz die geo-ökonomische Struktur maßgeblich beeinflusst: das »Locke'sche Kerngebiet« und eine wechselnde Gruppe an »Hobbes'schen Herausfordererstaaten« (s. a. Bieling 2018 in diesem Forum). Die Struktur und Entwicklung von Weltwirtschaftsordnung und internationalen Beziehungen ist aus dieser Perspektive geprägt von einer vom angelsächsischen, (neo-)liberal organisierten Kerngebiet ausgehenden, inter- und transnational umkämpften Expansionsdynamik. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen der konkreten Formation einer Welt(wirtschafts)ordnung, den (transnationalen) Kräfteverhältnissen, den von führenden sozialen Kräften verfolgten Akkumulationsstrategien sowie den damit verbundenen Ordnungsvorstellungen und Regulierungsprinzipien angenommen. Akkumulationsstrategien werden dabei verstanden als die sich zu einem spezifischen Wachstumsmodell verdichtenden ökonomischen Strategien und Muster der Akkumulation samt ihrer politisch-institutionellen Einbettung (van der Pijl 1998: 5; Jessop 1990: 198-206). Führende soziale Kräfte des Kerngebiets streben nach einer Eingliederung der Herausfordererstaaten in die Strukturen des eigenen Machtbereichs und deren Öffnungen für die ökonomischen Strategien der im Kerngebiet verankerten sozialen Kräfte. Dies erfolgt unter anderem durch eine Verallgemeinerung der für die Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe

2 Gramsci (1991-2002: H6 § 79, H7 § 19, H8 § 173, 179, H10 § 44); Bieler/Morton (2003: 340).

3 Van der Pijl (2006: 17-18); Bieling (2010: 37-42); Bieler/Morton (2003: 340-348).

des Kerngebiets kennzeichnenden liberalen Ordnungsprinzipien – etwa einer Rechtsstruktur, welche die Trennung von privatem Raum und (sich selbst) begrenzendem Staat verankert, Eigentums- und Vertragsrecht privilegiert sowie Unternehmerfreiheit und Wettbewerb absichert (van der Pijl 2006: xi-xii, 6-21; 1998: 66-67; vgl. Bieling 2013: 193). Im (chinesischen) Herausfordererstaat verankerte soziale Kräfte sehen sich hingegen der Situation einer entwickelten globalen Infrastruktur des »[...] already established, hegemonic heartland in control of the commanding heights of the world economy« (van der Pijl 1998: 114) gegenüber. Ein stark organisierender Staat, dessen Apparate und Bürokratien weitreichenden Einfluss auf die Organisation nachholender Entwicklung ausüben, verfolgt diese durch eine auf Souveränität ausgerichtete Außen(wirtschafts)politik sowie zunächst national orientierte Akkumulationsstrategien, später im Zuge einer asymmetrischen Integration in den Weltmarkt (van der Pijl 1998: 81-82, 87; 2006: 6, 12-17).

Allerdings läuft eine solche Perspektive Gefahr, die Reproduktionsdynamik der führenden Ordnung zu fokussieren, während die Umkämpftheit und Instabilitäten von transnationalen Strukturen in den Hintergrund treten. Demgegenüber betont eine prozessorientierte Analyse von Kräfteverhältnissen, dass (transnationale) Ordnungsstrukturen zumindest zu einem gewissen Grad beständig umkämpft sind. Auch unterhalb der Oberfläche einer relativ stabilen inter- und transnationalen Formation vollziehen sich Auseinandersetzungen um die Verallgemeinerung von Interessen und Transformation der bestehenden Ordnung. Eine prozessorientierte Perspektive rückt die Frage nach den Auseinandersetzungen sozialer Kräfte, deren Strategien und Einfluss auf die führende gesellschaftliche Formation in den Fokus. Um diese Auseinandersetzungen zu erfassen, wird im Folgenden das Konzept der »politischen Projekte« genutzt. Dies bezieht sich auf konkrete politische Vorhaben und Initiativen, in denen sich verschiedene Dimensionen von Handeln – materielle Einbettung und Interessen, strategische Orientierungen, ideologische Überzeugungen etc. – und unterschiedliche Akteursgruppen zu einem konkreten politischen Projekt verbinden. Projekte sind dabei selbst umkämpftes Terrain, dynamisch und veränderbar. Während politische Projekte immer im Kontext von und beeinflusst durch eine spezifische (transnationale) soziale Ordnung und die sie prägenden Kräfteverhältnisse zu verstehen sind, wirken sie – immer kontingennt und historisch offen – stabilisierend oder transformierend auf die gesellschaftliche Formation, ihre politökonomischen und politisch-institutionellen Reproduktionsbedingungen zurück (Bieling/Steinhilber 2000: 104-109). Unter Rückgriff auf eine so verstandene prozessorientierte, hegemonietheoretische Perspektive können Auseinandersetzungen um Herrschaft und die Beschaffenheit der Globalisierung sichtbar gemacht werden.

3. Entwicklung konkurrierender Ordnungsmodelle im Kontext krisengetriebener Restrukturierungsprozesse

Um die Rolle Chinas in den Auseinandersetzungen um die Form der Globalisierung in den Blick zu nehmen, gilt es zunächst, die aktuelle Konfiguration und die mit ihr verbundenen Spannungen zu kontextualisieren. Dabei sind die Entwicklung der heute rivalisierenden Ordnungsmuster von liberaler Wirtschaftsordnung und Globalisierung sowie staatskapitalistischer Entwicklungsweise vor dem Hintergrund eines krisengetriebenen Restrukturierungsprozesses der Weltwirtschaft zu verstehen, wobei eine sich wechselseitig beeinflussende Formierung beider Entwicklungsweisen feststellbar ist.

3.1. Interdependenter Formwandel von Entwicklungsweisen

Richtet man den Blick auf die Entstehungsbedingungen der wirtschaftsliberalen und staatskapitalistischen Entwicklungsweisen, wird deutlich, dass die heute rivalisierenden Ordnungsmodelle nicht in Konkurrenz zueinander entstanden. Vielmehr lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen der Transformation der liberalen Wirtschaftsordnung, der Entstehung der chinesischen Entwicklungsweise und der Etablierung Chinas als Herausfordererstaat feststellen. Die Interdependenz der Etablierung beider Ordnungsmuster entstand dabei historisch vor allem über zwei Kanäle – die Restrukturierung einerseits der globalen Produktionsbeziehungen und andererseits der globalen Finanzbeziehungen: Im Kontext zunehmender Profitabilitätsprobleme und wachsender Konkurrenz innerhalb und zwischen den Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen der Zentren der Weltwirtschaft setzte in den 1970er Jahren ein Formwandel der liberalen Wirtschaftsordnung ein. Verbunden mit einem beschleunigten ökonomischen Liberalisierungsprozess wurde der eingebettete Liberalismus der Nachkriegsperiode durch einen zunehmend transnational ausgerichteten Wirtschaftsliberalismus abgelöst. Freier Kapitalverkehr und Marktzugang, Transnationalisierung der Produktion und die Möglichkeit des ungehinderten Engagements im Ausland entwickelten sich zu zentralen Bestandteilen der Strategien transnationaler Unternehmen und Investoren aus den Zentren (Nölke et al. 2015: 561; Altvater 2008).

Die veränderten Akkumulationsstrategien in den Zentren der Weltwirtschaft und damit verbundene politische Re-Regulierungsprozesse veränderten das geo-ökonomische Terrain für semi-periphere Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe⁴ und beeinflussten ihre ökonomischen Strategien und Entwicklungsweisen. Zentraler Faktor war dabei die zunehmende Verlagerung von Wertschöpfung nach China und in andere (semi-)periphere Ökonomien. Während dies im Kerngebiet Deindustrialisie-

4 Der Begriff der Semi-Peripherie entstammt der Kritik der Weltsystemtheorie am Konzept der Entwicklungsländer sowie der von der Dependenztheorie vorgenommenen Dichotomie von Zentrum und Peripherie (Wallerstein 1979: 247).

rungstendenzen und den Import günstiger Konsumgüter aus den neuen Produktionsstandorten förderte, trugen der Zufluss von Kapital, die Ansiedlung von Produktionskapazitäten und Know-how in Kombination mit den marktwirtschaftlichen Reformprozessen Chinas maßgeblich zur Entstehung einer auf Export ausgerichteten Industrialisierungs- und Wachstumsstrategie bei (ten Brink 2013: 187-191).

Die Reorganisation der internationalen Finanzbeziehungen seit den 1970er Jahren bilden den zweiten Wirkungskanal: Der Übergang vom Bretton-Woods- zum Dollar-Wall-Street-Regime und die damit verbundene Liberalisierung der Finanzbeziehungen ermöglichte die wachsenden ausländischen Direktinvestitionen in die neuen Produktionsstandorte und erlaubte später die Investition der in der Exportproduktion erwirtschafteten Devisenreserven Chinas und anderer semiperipherer Ökonomien in US-amerikanische Staatsanleihen. Dieser Kapitalexport trug wiederum wesentlich zur Ausweitung der Finanzwirtschaft in den USA bei und erleichterte indirekt die Finanzierung des Imports chinesischer Produkte (Ivanova 2013: 65).

Die hegemoniale Weltmarktordnung des globalisierten Finanzmarktkapitalismus und die Entstehung der chinesischen Entwicklungswise bildeten sich also als Folge langfristiger Veränderungen der weltwirtschaftlichen Konfiguration – trotz klar ungleicher Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse – im wechselseitigen Zusammenhang heraus und ermöglichen sich in gewisser Weise gegenseitig. Der Prozess der ökonomischen Globalisierung, der eng mit der wirtschaftspolitischen Neuorientierung im angelsächsischen Raum verbunden ist, wurde dabei zunächst maßgeblich durch im Kerngebiet verankerte soziale Kräfte etabliert und institutionell abgesichert (Bieling 2018 in diesem Forum). Die Globalisierung als Prozess der Expansion des Locke'schen Kerngebiets und seiner Ordnungsprinzipien wurde zwar aktiv zur Etablierung der chinesischen Entwicklungswise genutzt. Im Zuge der asymmetrischen Integration Chinas in den Weltmarkt allerdings wurde die Anpassung an eine wirtschaftsliberale Entwicklungswise vermieden.

3.2. Festigung der chinesische Entwicklungswise

Chinas ökonomische Strategie entwickelte sich im Rahmen dieses Wechselverhältnisses schrittweise zum Erfolgsfall. Zentrale Merkmale stellten eine stark koordinierende Rolle staatlicher Apparate mit weitreichender Gestaltungs- und Kontrollmacht, eine Strategie investitionsgetriebener Industrialisierung und wachsende Exportüberschüsse dar. Wertschöpfung erfolgt auf Basis eines Niedriglohnregimes im Rahmen von heterogenen Unternehmensformen, die überwiegend durch nationales Kapital dominiert werden, um eine Kontrolle ökonomischer Schlüsselbereiche durch ausländisches Kapital zu vermeiden (Nölke et al. 2015: 546-556.; ten Brink 2014: 38).⁵ Die dominante Akkumulationsstrategie ist auf Exportproduktion sowie

5 Eine wichtige Ausnahme stellt beispielsweise der stark in die globalen Produktionsnetzwerke integrierte Informationstechnik-Sektor dar (Nölke et al. 2015: 547).

staatlich geförderte Investitionen in Industrie- und Infrastrukturprojekte gerichtet. Dabei verband die chinesische Regierung eine Strategie importsubstituierender Industrialisierung mit einer Politik asymmetrischer Integration in den Weltmarkt. Zentrale Schlüsselsektoren und der Binnenmarkt blieben zunächst geschützt und wurden erst schrittweise und staatlich reguliert in den Weltmarkt integriert. Das stark regulierte und von den globalen Finanzmärkten weitgehend abgeschirmte Finanzsystem war ebenso wie die Währungspolitik auf die Unterstützung der entwicklungs- und industriepolitischen Ziele ausgerichtet (Herr 2008; Naughton 2007: 380-399). Die liberale Weltwirtschaftsordnung und zunehmende Globalisierung – insbesondere das Freihandelsregime sowie der freie Kapitalverkehr als Grundlage ausländischer Direktinvestitionen – stellte dabei eine zentrale Basis der Akkumulationsstrategie dar.

Während die Kontrolle und Gestaltungsmacht der Staatsapparate so die spezifische Form nachholender Entwicklung absicherte, stellen ökonomische Stabilität und Erfolge zusammen mit der Kontrolle zentraler Wirtschaftsbereiche und Resourcenströme ein wesentliches Moment des Machterhalts der politischen Eliten dar. Die konkrete Organisation von Herrschaft innerhalb des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes und die spezifische Organisationsweise des chinesischen Entwicklungsmodells stehen damit in einer engen Wechselbeziehung. Allerdings sollte der chinesische Staat nicht als homogener Akteur bewertet werden. Vielmehr lässt sich im Laufe des Entwicklungsprozesses der chinesischen Ökonomie eine Fraktionierung innerhalb der politischen und ökonomischen Eliten des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes erkennen.⁶

Die chinesische Entwicklungsstrategie entwickelte sich innerhalb der vergangenen Dekaden zu einem international beachteten Erfolgsfall, der seit den 1990er Jahren einen regelrechten Investitionsboom ausländischer Unternehmen erlebte und Wachstumsraten von jährlich ca. 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichnete. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wuchs von unter 200 US-Dollar im Jahr 1980 auf ca. 3.800 USD im Jahr 2009, wobei sich die Lebensbedingungen im ländlichen Raum kaum verbesserten. Es bildete sich schrittweise eine aufgefächerte Industriestruktur heraus, die heute von arbeitsintensiver Industrie über Kapitalgüter, Autos und Elektronik bis hin zu einem chinesischen Silicon Valley reicht. Die Exporte wuchsen seit 1986 im zweistelligen Bereich, wobei ein erheblicher Anteil von ausländischen Unternehmen getätigten wurde, bis ins Jahr 2000 etwa die Hälfte. Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation verstärkte die Exportausrichtung und zog weitere Direktinvestitionen an (Schmalz 2011: 109-111; Li 2008: 34; Arrighi 2008: 438-455). Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt wuchs von ca. 15 Prozent im Jahr 1990 auf 39 Prozent im Jahr 2006, nach der Krise reduzierte er sich auf etwa 25 bis 30 Prozent, während der Binnenmarkt an Bedeutung zunahm.⁷ Als Folge der Kapitalverkehrskontrollen

6 Interview mit einem chinesischen Wirtschaftsexperten, Mai 2013(a), Hong Kong; siehe auch Shih (2008); He (2015).

7 Daten wurden entnommen aus: <https://data.oecd.org>; 18.9.2017.

schlugen sich die hohen Exportüberschüsse gepaart mit dem wachsenden Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen in kontinuierlich ansteigenden Devisenreserven nieder. China akkumulierte den weltweit größten Bestand an Devisenreserven, der von 0,1 Billionen USD im Jahr 2000 auf 2,8 Bio. USD im Jahr 2010 und 3,8 Bio. USD im Jahr 2014 wuchs. Etwa ein Drittel der Reserven werden in US-treasuries investiert (SAFE 2014; US Department of the Treasury 2017).

Trotz der ökonomischen Erfolge der chinesischen Entwicklungsweise ist zu unterstreichen, dass diese keineswegs widerspruchs- und krisenfrei verläuft. Als Resultat der Entwicklungsstrategie entstanden etwa Tendenzen von Überinvestitionen und mit einer anhaltenden Unterkonsumtion verbundene Überproduktion. Ein weiteres Problem stellen die wachsende Staatsverschuldung sowie die Zunahme »notleidender« Kredite von Staats- und vor allem regionalen und lokalen Banken dar. Auch lassen sich im Finanzsektor die Entstehung spekulativer Blasen und kleinerer Finanzkrisen beobachten. Zudem ist die Exportorientierung verbunden mit einer hohen Abhängigkeit von Außenwirtschaftspolitiken anderer Ökonomien sowie weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Zusammengenommen führen diese Faktoren zu einer phasenweise stark volatilen Wirtschaftsentwicklung und Akkumulationsdynamik. Hinzu kommen regional erhebliche Differenzen in der Wirtschaftsentwicklung, wachsende soziale Spannungen und Grenzen der staatlichen Koordinations- und Kontrollfähigkeit (ten Brink 2013: 215-240, 275-277). Auch auf internationalem Parkett nahmen die Konflikte mit wachsender ökonomischer Bedeutung Chinas zu. Insbesondere die chinesische Währungspolitik, Kapitalverkehrskontrollen sowie der nur partielle Marktzugang nicht-chinesischer Unternehmen führten zu zunehmenden Auseinandersetzungen mit Regierungen des Kerngebiets. Diese Auseinandersetzungen können als Ausdruck von Konflikten um die Anpassung des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplex an die Locke'sche Weltwirtschaftsordnung verstanden werden. Allerdings zeigen sich die Ergebnisse als ambivalent. Exemplarisch verdeutlichen lässt sich dies an den Konsequenzen des chinesischen Beitritts zur Welthandelsorganisation: Während China etwa im Bereich Produktion und Handel der vertraglich verankerten Liberalisierung weitgehend folgte und zunehmend in transnationale Produktionsnetzwerke eingebunden wurde (Schmalz 2011), vollzog sich dieser Liberalisierungsprozess auf dem Feld der Finanz- und Währungspolitik kaum. China folgte zwar entstandenen Verpflichtungen, beispielsweise einer formellen Gleichstellung nicht-chinesischer Banken. Durch eine Reihe informeller Mechanismen, der Beibehaltung von Kapitalverkehrskontrollen und Währungspolitik spielen nicht-chinesische Finanzunternehmen auf dem Festland bislang allerdings eine nachrangige Rolle. Die chinesische Regierung entzog sich so den Mechanismen des »neuen Konstitutionalismus« (Gill 2003: 132) – einer Verallgemeinerung und Reproduktion (neo-)liberaler Praxen durch vertragliche Verankerung auf internationaler Ebene – zumindest partiell und hielt an seiner staatskapitalistischen Ausrichtung fest.

Trotz der vielfältigen Konfliktlagen entwickelte sich der chinesische Staats-Zivilgesellschafts-Komplex von einer von der Weltwirtschaft weitgehend isolierten Ökonomie zu einem wichtigen Standort des globalen Kapitalismus und trug zuneh-

mend zum Wachstum der Weltwirtschaft bei – 2014 mit über 13 Prozent (Anderlini/Hornby 2014; He 2014). Dabei ist die zunehmende Integration Chinas gleichermaßen Teil der Globalisierungsdynamik, wie soziale Kräfte innerhalb Chinas von dieser Dynamik profitieren. Die wachsende weltwirtschaftliche Rolle Chinas und anderer asiatischer Ökonomien deutet dabei auf die Entwicklung eines neuen Akkumulationszentrums und einer Restrukturierung der Konkurrenzbeziehungen im Gefüge der Weltwirtschaft hin. Dabei wurde der Bedeutungszuwachs des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes auch angesichts der mangelnden Bereitschaft, die Ordnungsprinzipien der wirtschaftsliberalen Globalisierung zu übernehmen, insbesondere in den USA zunehmend als Herausforderung der eigenen geopolitischen Position bewertet (Hoge 2004).

4. *Polarisierung zwischen Kerngebiet und Herausfordererstaat in der (Post-)Krisenkonstellation*

Diese Wahrnehmung Chinas als Herausforderer des angelsächsischen Kerngebiets verstärkte sich drastisch mit dem Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise (exemplarisch Morrison 2009: 9). Während sich die Ökonomien der Zentren in der tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges befanden, war der chinesische Finanzmarkt aufgrund der Kapitalverkehrskontrollen vergleichsweise wenig betroffen. Der Exportsektor bildete den Hauptkanal der Übertragung der Krise; aufgrund des drastischen Rückgangs der internationalen Nachfrage brachen die chinesischen Exporte deutlich ein.⁸ Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lag allerdings bei immer noch beachtlichen 6 bis 7 Prozent. Vor dem Hintergrund der hohen Devisenreserven baute China seine Rolle als internationaler Kreditgeber deutlich aus und übernahm 2008 erstmals Japans Status als größter Gläubiger des US-amerikanischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes.⁹ Die internationale Kreditvergabe durch (halb-)staatliche chinesische Institutionen an (semi-)periphere Ökonomien übertrifft heute das Niveau der von Internationalem Währungsfonds und Weltbank vergebenen Kredite. Dies führt zu einer zumindest potenziellen Konkurrenz zum Internationalen Währungsfonds: China bietet einen alternativen Zugang zu Liquidität für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Regierungen, was den potenziellen Einfluss des Internationalen Währungsfonds als *Lender of Last Resort* und dessen Politik der Strukturanpassung zur Durchsetzung marktliberaler Prinzipien einschränkt. 2013 löste China zudem die USA als größte Handelsnation ab. Neben der (zunächst) vergleichsweise robusten Wirtschaftslage

8 Bemerkbar machte sich zudem der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen. Der chinesische Finanzmarkt wurde eher indirekt durch die wirtschaftspolitischen Antworten der chinesischen Regierung auf die Krise betroffen. So entstand infolge der staatlichen Konjunkturprogramme eine Immobilienblase sowie ein zunehmend relevanter Schattenbankensektor (Schmalz 2011: 112; Morrison 2009: 3-4).

9 Seit 2015 halten Japan und China ein ähnliches Niveau (US Department of the Treasury 2015).

während der Krise, nahm die politische Bedeutung Chinas auf internationalem Parkett ab 2008 durch die Bemühungen, die Krisenbekämpfung international zu organisieren, sowie durch die Aufwertung der G20 zu (Schmalz/Ebenau 2011: 155). Insbesondere Chinas wachsende Rolle als Kreditgeber der USA, aber auch die zunehmenden Investitionen der chinesischen *Sovereign-Wealth-Fonds* in Unternehmen des Locke'schen Kerngebiets lösten Befürchtungen aus, Chinas finanzielle Ressourcen könnten genutzt werden, um Druck auf die Regierungen des Kerngebiets auszuüben. Zudem wurde die wachsende geo-ökonomische und geo-politische Bedeutung Chinas als Bedrohung der liberalen Weltwirtschaftsordnung und der mit ihr verbundenen Form der Globalisierung bewertet (Morrison 2009: 9; Morrison/Labonte 2009: 9).

Aus Perspektive chinesischer Eliten stellen sich die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise, der US-amerikanische und internationale Umgang mit dieser sowie die ausbleibenden finanz- und währungspolitischen Reformen als Einschnitt für die bisherige Strategie der Integration in die Weltwirtschaft dar.¹⁰ Der Rückgang der chinesischen Exporte durch die Rezession in den Ökonomien der Zentren legte die Probleme der Exportorientierung offen. Zudem veranschaulichte die Krise den Einfluss der US-amerikanischen Finanzpolitik auf zentrale Aspekte der chinesischen Außenwirtschaftsstrategie. Insbesondere die Politik des *quantitative easing* verdeutlichte die Abhängigkeit vom US-Dollar (Gao/Yu 2009; He 2015: 4). Während in den USA unter anderem die umfangreichen Kapitalflüsse aus dem südostasiatischen Raum, insbesondere aus China, für die Verwerfungen auf den Finanzmärkten verantwortlich gemacht und als Argument für die Notwendigkeit der Liberalisierung der chinesischen Kapitalmärkte und Einführung marktbasierter Wechselkurse herangezogen wurden (Bernanke 2005), sah die chinesische Regierung die Verantwortung bei den Regierungen des Kerngebiets. Bis dato ungewohnt deutlich begann sie insbesondere die US-amerikanische Finanz- und Währungspolitik infrage zu stellen, die sie als eine der zentralen Krisenursachen bewertete. Dabei wurde offensiv Kritik am Dollar-basierten Finanzsystem geübt und die Einführung eines multipolaren Währungssystems gefordert (Yu 2014: 4; Wines et al. 2009; Zhou 2009; He 2015: 4). Im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise verdichtete sich damit die Konfliktkonstellation zwischen Kerngebiet und chinesischem Herausfordererstaat.

5. Ringen um die Form der Globalisierung: Das Projekt der veränderten chinesischen Integration in die Weltwirtschaftsbeziehungen

Vor dem Hintergrund der Kriseninterpretation und der ausbleibenden Reformen der globalen Finanzbeziehungen entwickelt sich innerhalb des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes ein Projekt der veränderten Integration in die Weltwirt-

10 Interview mit einem chinesischen Wirtschaftsexperten, Mai 2013(b), Hong Kong; siehe auch Zhou (2009).

schaft, welches sich in einer Doppelstrategie der chinesischen Regierung niederschlägt. Zum einen lässt sich dabei eine Strategie der Fortsetzung der Integration in marktliberal orientierte internationale Institutionen, Kooperationszusammenhänge und Mechanismen beobachten, in denen die chinesischen VertreterInnen für Reformen im Sinne der Akzeptanz staatskapitalistischer Prinzipien werben. In der Situation der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nutzte die chinesische Regierung – etwa zur Förderung seiner Exportindustrien oder dem Werben um ausländische Direktinvestitionen – die bestehenden Strukturen der liberalen Wirtschaftsordnung aktiv und setzte die ökonomische Integration in diese fort. Insbesondere Maßnahmen zur Stabilisierung des US-Dollars oder internationaler Handelsströme sind dabei als Reproduktion und in der Krisenphase als Konsolidierung des marktliberalen Ordnungsrahmens zu bewerten. Zudem beteiligte sich die Regierung an Initiativen zur Krisenbekämpfung im Rahmen internationaler Organisationen und baute ihr aktives Engagement in multilateralen Kooperationszusammenhänge aus (Holbig/Biba 2017), während Regierungen des Kerngebietes ihre Bemühungen um eine stärkere Inklusion Chinas in multilaterale Zusammenhänge der liberalen Wirtschaftsordnung – etwa der G20 oder dem Internationalen Währungsfonds – intensivierten. So steigerte die chinesische Regierung trotz der damaligen Blockade der Stimmrechtsreform des Internationalen Währungsfonds durch den US-Senat ihre Beiträge an den Internationalen Währungsfonds deutlich über die vertraglich vereinbarte Höhe hinaus, um dessen Liquiditätsengpässen entgegenzuwirken, und stellte ab 2011 erstmals einen der *Deputy Managing Directors* des Internationalen Währungsfonds (Heep 2014: 108-112). Dabei präsentierten sich die chinesischen VertreterInnen als BefürworterInnen von Globalisierung und Freihandel und kritisierten protektionistische Tendenzen im Nachgang der Krise – etwa als Gastgeber des G20-Gipfels in Hangzhou 2016 (Xi 2016).

Chinesische RepräsentantInnen nutzten dabei die internationalen Organisationen der liberalen Wirtschaftsordnung zunehmend als *policy-Forum*. Neben wiederholten Forderungen nach einer Ausweitung der Rolle semi-peripherer Ökonomien steht dabei vor allem ein Ringen um die Akzeptanz staatskapitalistisch orientierter Wirtschaftspolitiken im Mittelpunkt. Als zentrale Aspekte zeigten sich etwa Standards zur Bewertung von Wirtschaftsentwicklung, Kriterien der Kreditvergabe sowie die Akzeptanz der Kontrolle des Kapitalverkehrs und der Konvertibilität von Währungen. Die Politik der chinesischen Regierung zielte damit auf Reformen innerhalb der wirtschaftsliberal orientierten Institutionen ab und konnte durchaus vorsichtige Erfolge verzeichnen. So riet etwa der Internationale Währungsfonds der chinesischen Regierung von einer raschen Liberalisierung des Kapitalverkehrs ab und akzeptiert zunehmend die Praxis einer kontrollierten Konvertibilität von Währungen (Davis/Wei 2013). Andererseits trägt das chinesische Engagement zur Reproduktion der bestehenden Strukturen und Institutionen der liberalen Wirtschaftsordnung bei ohne sie, wie im Fall der Stimmrechtsreform des Internationalen Währungsfonds, nachhaltig zur transformieren.

Parallel zum Engagement im Rahmen der liberalen Ordnung verfolgt die chinesische Regierung *zum anderen* eine Strategie, die auf das Schaffen von Alternativen

zu den Strukturen und Institutionen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung gerichtet ist. Mit der »*Go-Out*-Strategie«, dem gezielten Engagement und Investment chinesischer Unternehmen im Ausland sowie wachsender Kreditvergabe an (semi-)peripheren Staaten, setzte zunächst eine zunehmende Internationalisierung der chinesischen Entwicklungsweise ein, die im Verlauf der Krise noch verstärkt wurde (Schmalz 2015: 552–555). Zudem wird die *Go-Out*-Strategie mit neuen Instrumenten verfolgt. Zu nennen ist insbesondere die 2013 initiierte »*Belt-and-Road*-Initiative« mit einem geschätzten Finanzvolumen von 900 Mrd. USD. Das in Peking koordinierte multilaterale Projekt bündelt den Aufbau von Infrastruktur-, Handels- und Produktionsnetzwerken in Asien, Afrika und Europa in Kooperation mit 100 Ländern und internationalen Organisationen. Dabei unterstützt die *Belt-and-Road*-Initiative die Reduktion der Abhängigkeit Chinas von den vom Kerngebiet kontrollierten Handelsrouten, die Internationalisierung des Renminbis sowie der chinesischen Infrastruktur- und Investitionspolitik und ermöglicht das Erschließen neuer Anlagessphären sowie die Diversifizierung chinesischer Direktinvestitionen ins Ausland (Hoering 2017: 92–97). Daneben ist eine Intensivierung der chinesischen Kooperationsbemühungen mit anderen staatskapitalistisch orientierten Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen, insbesondere den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), zu beobachten. Diese Bündnisorientierung wurde seit der Krise zunehmend institutionalisiert und mündete in der Etablierung neuer internationaler Institutionen und Kooperationsformen, wie den *BRICS Summits*, der *New Development Bank*, dem *Contingency Reserve Arrangement* oder der *Asian Infrastructure Investment Bank*. Die neu geschaffenen Institutionen ahmen teils zwar die Funktionsweise von Institutionen des liberalen Ordnungsmodells nach oder bleiben in ihrer Funktionsweise an diese gekoppelt (AIIB 2015; NDB 2015a). Sie werden jedoch als Parallelen zu ihrem marktliberal orientierten Pendant unter Ausschluss der Regierungen des Kerngebiets und seiner Bündnispartner – oder wie im Fall der *Asian Infrastructure Investment Bank* unter klar chinesischer Führung – aufgebaut. Die chinesische Regierung nutzt sie zudem, um *governance*-Mechanismen einer staatskapitalistisch orientierten Entwicklungsweise international zu verankern. Dabei stehen eine wirtschaftspolitische Orientierung am Prinzip makroökonomischer Stabilität und entwicklungspolitischen Zielsetzungen, eine präsente Rolle des Staates bei umfangreichen internationalen Investitionsvorhaben, politische Nicht-Einmischung bei Kreditvergabe und die wechselseitige Nutzung der Währungen der beteiligten Schwellenländer unter Umgehung des US-Dollars im Vordergrund (vgl. AIIB 2015; NDB 2015a; 2015b; Heilmann et al. 2014).

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die chinesische Regierung zudem bestrebt, die Abhängigkeit vom US-Dollar zu reduzieren und die Etablierung einer multipolaren Finanzordnung zu fördern.¹¹ Auch hierfür kooperiert die chinesische Regierung mit den Regierungen aufstrebender Schwellenländer und verfolgt eine Praxis der Entwicklung paralleler Strukturen und Mechanismen. Zen-

11 Interview mit einem chinesischen Wirtschaftsexperten, Mai 2013(b), Hong Kong; siehe auch Zhou (2009); Yu (2014).

trale Momente sind das Vorantreiben einer staatlich kontrollierten Offshore-Internationalisierung des Renminbis, Verträge mit anderen Ökonomien zum Handel in Eigenwährung, die Schaffung einer Alternative zum *Swift*-System oder eine Kooperation von Ratingagenturen (Simon 2016). Auch hier werden gezielt von marktliberalen Prinzipien abweichende Praxen im Rahmen der Kooperationen verankert, insbesondere die Akzeptanz nicht-unabhängiger Zentralbanken, kontrollierter Konvertibilität von Währungen und kontrollierten Kapitalverkehrs. Auch wenn diese Initiativen die internationale Rolle des US-Dollars bislang nicht infrage stellen, hat sich der Renminbi doch zeitweise zur zweitwichtigsten Handelswährung entwickelt.¹² Ökonomien wie Japan, Australien, Brasilien und Russland handeln mit China in Renminbi – 2017 wurden 1,6 Prozent des weltweiten Handels in Renminbi vorgenommen und China wickelte 16 Prozent seines grenzüberschreitenden Handels in Renminbi ab. Zudem baute der Renminbi seine Rolle als internationale Reservewährung insbesondere nach der Aufnahme in den Währungskorb des Internationalen Währungsfonds weiter aus – liegt jedoch derzeit bei unter 2 Prozent (SWIFT 2018). Insgesamt bewegt sich die internationale Rolle des Renminbis damit bislang auf einem niedrigen Niveau, hat in der vergangenen Dekade – trotz partieller Rückschläge – aber wesentlich an Fahrt gewonnen.

Insbesondere im Fall der Internationalisierung des Renminbis zeigt sich, dass sich im politischen Projekt der veränderten Integration in die Weltwirtschaftsbeziehungen unterschiedliche Initiativen und Zielsetzungen verschiedener sozialer Kräfte des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes und deren jeweilige Akkumulationsstrategien zu einem gemeinsamen Projekt verdichten. So nutzt etwa eine Fraktion rund um Handelsministerium, staatseigene Unternehmen, Exportindustrie, bestimmte lokale Regierungen und staatliche Banken das politische Projekt, um die heimische Exportwirtschaft zu stärken und internationale Strukturen zu schaffen, die potenzielle Folgen künftiger Wirtschaftskrisen für die eigenen Akkumulationsstrategien reduzieren. Demgegenüber zielt eine Fraktion rund um die *Peoples Bank of China*, die *Banking Regulatory Commission*, das *Office of the Central Leading Group on Financial and Economic Affairs*, aber auch liberal orientierte Thinktanks wie die *Boyan Foundation* und das *China Finance Forty Forum* in Kooperation mit Eliten des Kerngebiets darauf ab, im Zuge des Projekts Liberalisierungseffekte für die ökonomische Regulierung innerhalb Chinas zu erzielen. So wird etwa mit der Internationalisierung des Renminbis eine Dynamik erwartet, die mittelfristig zu einer Lockerung der Kontrolle des Kapitalverkehrs oder der Konvertibilität des Renminbis führt.¹³ Derzeit integrieren das politische Projekt und die damit verbundene Doppelstrategie die Interessen verschiedener Fraktionen des chinesischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes. Allerdings wird der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den unterschiedlichen Fraktionen und ein damit verbundener

12 Seit 2014 sinkt die Nutzung des Renminbis als Handelswährung, Ende 2017 belegte der Renminbi Rang 6 (SWIFT 2018). Die Ursachen für den Rückgang sind aktuell nicht ausreichend erforscht.

13 Interview mit einem chinesischen Wirtschaftsexperten, Mai 2013(a), Hong Kong; Simon (2015); siehe auch He (2015).

Bedeutungsgewinn der jeweiligen Akkumulationsstrategien zentraler Einfluss auf die künftige Gewichtung innerhalb der Doppelstrategie – und damit auch deren Implikationen für die Gestalt der Globalisierung – zukommen.

6. Implikationen für die Gestalt der Globalisierung

Im Kontext des politischen Projekts einer veränderten Integration Chinas in die Weltwirtschaft und der hierin verfolgten Doppelstrategie zeichnet sich die Formierung eines staatskapitalistischen Ordnungsmodells ab, indem ökonomische Praxen verschiedener semi-peripherer Ökonomien verallgemeinert werden (Nölke et al. 2015: 561; s. a. Nölke 2018 in diesem Forum). Dabei handelt es sich zunächst um eine klar kapitalistische Grundordnung auf Basis privaten Eigentums, in der global ausgerichteten Akkumulationsstrategien eine hohe Bedeutung zukommt. Allerdings unterscheidet sich die ordnungspolitische Orientierung deutlich von wesentlichen Prinzipien einer marktliberalen Globalisierung. Zentral ist zunächst eine sichtbar koordinierende Rolle (halb-)staatlicher Akteure, etwa bei transnationalen Infrastruktur- und Ressourcenprojekten oder auf dem Feld ausländischer Direktinvestitionen. Wichtige Regulierungsmechanismen basieren auf Allianzen zwischen (halb-)staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren, informellen Beziehungen, Top-down-Anordnungen und marktförmiger Regulierung. Dies wird auch abgesichert, indem die Unternehmensfinanzierung in zentralen Bereichen durch nationales Kapital erfolgt (Nölke et al 2015; Schmalz 2015). Dabei ist die Wirtschaftspolitik stark an makroökonomischer Stabilität und entwicklungspolitischen Zielsetzungen orientiert. Gegenüber dem Anspruch einer universellen Liberalisierung und Deregulierung des marktliberalen Modells erfolgt die internationale Integration und Liberalisierung des Marktzugangs eher partiell und politisch kontrolliert durch bi- und multilaterale Verträge. Deutlich zeichnet sich der Kontrast zur liberalen Wirtschaftsordnung auch im Ziel einer veränderten Finanzordnung ab. Dabei wird der zentralen Rolle des US-Dollars die Vorstellung eines multipolaren Währungssystems sowie einer von einzelnen Nationalstaaten unabhängigen internationalen Reservewährung entgegengesetzt. Den Prinzipien des freien Kapitalverkehrs und liberalisierter Finanzbeziehungen wird eine weitreichende staatliche Regulierung der nationalen Finanzsysteme sowie des internationalen Kapitalverkehrs gegenübergestellt. Die Öffnung und Internationalisierung der Finanzsysteme erfolgt kontrolliert, um transnationale Verflechtungen und Auswirkungen internationaler Finanzbeziehungen beeinflussen zu können (Simon 2016).

Zwar liegt mit dieser Entwicklung bislang kein voll entwickeltes Ordnungsmodell vor. Allerdings gewinnen staatskapitalistische Rationalitäten der Außenwirtschaftspolitik durch das wachsende geo-ökonomische und geo-politische Gewicht des chinesischen Herausfordererstaats sowie die Herausbildung eines neuen Akkumulationszentrums im asiatischen Raum zunehmend an Bedeutung. Die ökonomische Globalisierung wird dabei nicht grundsätzlich infrage gestellt, zentrale Elemente der staatskapitalistischen Entwicklungsweise stehen jedoch in deutlichem

Widerspruch zu den Prinzipien einer wirtschaftsliberalen Globalisierung. Dabei handelt es sich nicht um einfach zu behebende Inkompatibilitäten konkurrierender Wirtschaftsmodelle. Freier Kapitalverkehr und Marktzugang sowie die Möglichkeit des ungehinderten Engagements im Ausland sind zentrale Voraussetzungen der Akkumulationsstrategien führender sozialer Kräfte des Kerngebiets.¹⁴ Die Verallgemeinerung der Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft sichert die Einbindung der (Semi-)Peripherie in den politischen Macht- und ökonomischen Verwertungsbereich des Kerngebiets. Die Regulierung von Kapitalverkehr, nationalen Finanzbeziehungen und des Zugangs zum Binnenmarkt, der Einfluss auf Staatsbanken und -unternehmen sowie die selektive Internationalisierung sind auf der anderen Seite zentrale Voraussetzungen für die in China und anderen Ökonomien verfolgte Entwicklungsweise und stellen für die Sicherung des Machterhalts der politischen Eliten Chinas wichtige Ressourcen dar. Die widersprüchlichen Ordnungsstrukturen sind damit Ausdruck unterschiedlicher Akkumulationsstrategien und Strategien der Machtssicherung einflussreicher Akteure in den jeweiligen Ökonomien.

Die langfristigen und vor allem strukturellen Implikationen dieser konflikthaften Konstellation sind bislang kaum eindeutig bestimmbar. Allerdings lassen sich einige zeitdiagnostische Aspekte und Entwicklungstendenzen festhalten. Zunächst ist festzustellen, dass trotz Bedeutungsgewinn und zunehmender Institutionalisierung staatskapitalistischer Prinzipien nach wie vor die marktliberal orientierte Weltwirtschaftsordnung in Form des Finanzmarktkapitalismus dominiert (s. zu diesem Begriff Koddenbrock 2018 in diesem Forum). Allerdings verweist der Bedeutungsgewinn staatskapitalistischer Ordnungsprinzipien auf eine Reorganisation der globalen Macht- und Konkurrenzbeziehungen. Dies ist keineswegs eine einmalige Entwicklung, wie der Übergang vom eingebetteten Liberalismus zur Phase marktliberaler Globalisierung zeigt. Die Herausbildung der liberalen Wirtschaftsordnung und der mit ihr verbundenen Akkumulationsstrategien schufen erst die materiellen und strukturellen Voraussetzungen für die Entstehung der chinesischen Entwicklungsweise. Der Aufstieg Chinas und der Bedeutungsgewinn staatskapitalistisch orientierter Außenwirtschaftsstrategien ist damit zumindest indirekt auch als Folge spezifischer Reaktionen führender sozialer Kräfte des Kerngebiets auf Krisendynamiken des Nachkriegskapitalismus zu sehen. Die daraus hervorgegangene Konfliktkonstellation zwischen marktliberalem und staatskapitalistischem Ordnungsmodell kann, so sie denn andauert, als Anzeichen für eine erneute Restrukturierungsdynamik gewertet werden. Angesichts der Persistenz der Bedeutung inter- und transnationaler Akkumulationsstrategien sowohl auf Seiten staatskapitalistisch orientierter Schwellenländer als auch innerhalb des Kerngebiets scheint dabei jedoch die Annahme eines Endes der Globalisierung voreilig. Demgegenüber deutet sich vielmehr eine Zuspitzung der Konkurrenz und Konfrontation verschiedener Ordnungsentwürfe von Globalisierung an, die klar mit dem Bedeutungsgewinn staatskapitalistisch orientierter Außenwirtschaftsstrategien verbunden ist.

¹⁴ Nölke et al. (2015: 561); zum Fall der USA unter Trump siehe Solty (2018 in diesem Forum).

Allerdings bestehen zahlreiche Widersprüche und ambivalente Entwicklungstendenzen, die zur Vorsicht vor zu eindeutigen Interpretationen mahnen. So führt die Formierung eines alternativen Ordnungsmodells zur liberalen Konfiguration der Weltwirtschaftsbeziehungen zu einer widersprüchlichen Konstellation aus Interdependenz und Konkurrenz, deren weitere Entwicklung maßgeblich von den Strategien führender sozialer Kräfte in Kerngebiet und chinesischem Herausfordererstaat abhängen wird. Beispielsweise reproduziert und stabilisiert die weltwirtschaftliche Integration der großen Schwellenländer kurz- und mittelfristig die bestehende Ordnung, indem etwa Investitionen in die aufstrebenden Ökonomien profitsuchendes Kapital des Kerngebiets absorbieren oder indem chinesische Investitionen in US-amerikanische Staatsanleihen das globale Finanzsystem stabilisieren. Zudem verändern die aktuellen Auseinandersetzungen bislang kaum die Strukturen der globalen Finanzbeziehungen; inwieweit diese in ihrer aktuellen Form reproduziert werden, wird die weitere Entwicklung der Weltwirtschaftsordnung allerdings maßgeblich beeinflussen. Andererseits zeigt sich – insbesondere mit der Wahl Donald Trumps 2016 – eine veränderte Außen(wirtschafts)politik des Kerngebiets (Solyt 2018 in diesem Forum), die geeignet ist, das staatskapitalistische Ordnungsmodell zu konsolidieren. Aktuell deuten sich folgende Entwicklungstendenzen an:

Erstens strebt die Trump-Regierung eine Veränderung der handelspolitischen Agenda an, die sich stärker am Primat nationaler Souveränität und Wirtschaftsinteressen orientieren soll. Dies geht mit einer Schwächung multilateraler Handelsabkommen und einer stärkeren Fokussierung bilateral orientierter Handelspolitik einher. So kündigte Trump kurz nach seinem Amtsantritt das Transpazifischen Freihandelsabkommen auf. Dies hätte die chinesische Ökonomie durch ihren Ausschluss handelspolitisch geschwächt. Durch das Aufkündigen des Transpazifischen Freihandelsabkommen deutet sich nun jedoch eine Ausweitung der handelspolitischen Kooperation ohne die USA an, in der China als globale Handelsmacht eine prominentere Rolle spielen könnte. Allerdings birgt ein zunehmend neo-protektionistisch orientierter US-amerikanischer Staats-Zivilgesellschafts-Komplex auch erhebliche Risiken für die chinesische Entwicklungsweise.

Zweitens lässt die anti-chinesische Rhetorik der Trump-Regierung und die Ablehnung multilateraler Zusammenhänge *zum einen* die Schwächung der Bemühungen des Kerngebiets erwarten, China kooperativ in die marktliberale Wirtschaftsordnung zu integrieren. Als Reaktion der chinesischen Regierung ist eine Verschiebung innerhalb der Doppelstrategie zugunsten der Ausweitung von Alternativen zu den Strukturen und Institutionen der marktliberalen Ordnung zu erwarten. Hierfür spricht, dass die chinesische Regierung diese Praxis in der Vergangenheit vor allem forcierte, wenn es zu Ausschlüssen oder Blockaden Chinas in internationalen Kooperationszusammenhängen kam. So ist etwa die Etablierung der *New Development Bank* sowie der *Asian Infrastructure Investment Bank* im Zusammenhang mit der jahrelang anhaltenden Blockade der Stimmrechtsreform des Internationalen Währungsfonds zu sehen. *Zum anderen* hat Trumps Regierungsstil das Potenzial, den Einfluss stärker marktliberal orientierter Fraktionen innerhalb Chinas zu schwächen, was ebenfalls eine Verschiebung innerhalb der Doppelstrategie zuun-

gunsten einer Integration in die Strukturen und Institutionen der marktliberalen Weltwirtschaftsordnung fördern könnte. Diese würde das staatskapitalistische Ordnungsmodell international festigen und die Bündnisorientierung Chinas auf diesem Terrain verstärken.

Drittens deutet sich in den vergangenen Jahren auch über die USA hinaus eine Bedeutungszunahme sozialer Kräfte an, die eine polit-ökonomische Ausrichtung mit auffälligen Schnittmengen zum staatskapitalistischen Ordnungsmodell favorisieren: nationale Souveränität, nationale Wirtschaftsinteressen, eine zentrale Rolle des Staates insbesondere im Hinblick auf einen Schutz der heimischen Ökonomien vor Konkurrenz, Skepsis gegenüber einer marktliberalen Globalisierung oder eine kritische Haltung gegenüber multilateralen und supranationalen Kooperationszusammenhängen. All dies ist Ausdruck zunehmender Auseinandersetzungen um die Gestalt der Globalisierung innerhalb des Kerngebiets. Die Gemeinsamkeiten der wirtschaftspolitischen Orientierung so unterschiedlicher Kräfte in verschiedenen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen verweist dabei auf eine Erosion der Hegemonie der marktliberalen Globalisierung.

Zusammengenommen verweisen die nur vorläufig zu beurteilenden und immer als kontingenzt zu verstehenden Entwicklungstendenzen auf eine sich wechselseitig verstärkende Dynamik zwischen Erosion der Anziehungskraft des marktliberalen Ordnungsmodells sowie einer Festigung des staatskapitalistischen Gegenentwurfs. Dies lässt eine Reorganisation der Spielregeln und Mechanismen der Globalisierung erwarten.

Bei allen Unwägbarkeiten zeichnet sich aus Perspektive der hier eingenommen prozessorientierten Hegemonietheorie eine Phase der Fragmentierung globaler Kräfteverhältnisse ab, in der die liberale Wirtschaftsordnung des Kerngebiets nicht mehr den alternativlosen Pol bildet. Trotz Persistenz des liberalen Ordnungsmodells wird dessen Einfluss an den Rändern des Kerngebiets deutlich zurückgedrängt und die Auseinandersetzung um die künftige Gestalt der Globalisierung nicht mehr exklusiv unter den Zentren ausgetragen. Für den weiteren Bedeutungsgewinn staatskapitalistisch orientierter Außenwirtschaftsstrategien wird dabei entscheidend sein, ob es deren Protagonisten gelingt, die Anforderungen ihrer jeweiligen Akkumulationsstrategien sowie die eingegangenen Bündnisse zu verallgemeinern, auf internationaler Ebene zu verankern und dabei die Interessen anderer Akteure zu berücksichtigen. Die in bedeutenden Schwellenländern verfolgte Entwicklungsweise, ihre veränderte Integration in die Weltwirtschaft, die Verankerung von Prinzipien staatskapitalistischer Außenwirtschaftspolitik auf internationaler Ebene sowie der weitere geo-ökonomische und geo-politische Bedeutungszuwachs des chinesischen Herausfordererstaats führen dabei trotz Integration und Interdependenz mit dem Kerngebiet zu zunehmenden Konflikten, wie sich in den jüngsten handelspolitischen Auseinandersetzungen zeigt. Wir befinden uns damit in einer Phase der Reorganisation globaler Konkurrenz- und Machtverhältnisse und einem Formwandel der Globalisierung mit bislang offenem Ausgang.

Literatur

- Altvater, Elmar* 2008: Globalisierter Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden, 50-68.
- Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)* 2015: Asian Infrastructure and Investment Bank. Articles of Agreement, in: <http://www.aiib.org/uploadfile/2015/0814/20150814022158430.pdf>; 11.9.2015.
- Anderlini, Jamil/Hornby, Lucy* 2014: China Overtakes U.S. as World's Largest Goods Trader, in: Financial Times Online, 10.1.2014, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/7c2dbd70-79a6-1e3-b381-00144feabdc0.html#axzz3cNMINnxP>; 18.5.2015.
- Arrighi, Giovanni* 2008: Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg.
- Arrighi, Giovanni/Zhang, Lu* 2010: Beyond the Washington Consensus: A New Bandung?, in: http://krieger.jhu.edu/arrighi/wp-content/uploads/sites/29/2012/08/Arrighi_and_Zhang_New-Bandung_3-16-09_version.pdf; 18.5.2015.
- Bernanke, Ben* 2005: The Global Saving Glut and the U.S. Current Account Deficit, in: <https://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102/default.htm>; 20.8.2018.
- Bieler, Andres/Morton, Adam* 2003: Neo-Gramscianische Perspektiven, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 337-362.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen* (Hrsg.) 2000: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2010: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2013: Neogramscianismus, in: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden, 185-200.
- Bieling, Hans Jürgen* 2018: Jenseits der (neo-)liberal-kosmopolitischen Hegemonie? Die »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 164-180.
- Davis, Bob/Wei, Lingling* 2013: IMF Advises China to Be Cautious With Capital-Account Liberalization, in: Wall Street Journal Online, 17.6.2013, <https://www.wsj.com/articles/SB10001424127887324263404578611480166001050>; 20.8.2018.
- Gao, Haihong/Yu, Yongding* 2011: The Internationalization of the Renminbi, in: <http://www.bis.org/reppricepubl/arpresearch200903.05.pdf>; 18.5.2015.
- Gill, Stephen* 2003: Power and Resistance in the New World Order, Hounds-mills.
- Gramsci, Antonio* 1991-2002: Gefängnishefte. Herausgegeben vom Deutschen Gramsci-Projekt, Kritische Gesamtausgabe, Hamburg.
- He, Alex* 2015: Domestic Sources and RMB Internationalization. A Unique Journey to a Major Global Currency (CIGI Papers 67), Waterloo.
- He, Jianwu* 2014: Contribution of China's Economic Growth to Global Economic Growth. Development Strategy and Regional Economy (Development Research Center of the State Council, Research Report 115), in: http://en.drc.gov.cn/2014-08/13/content_18303925.html; 18.5.2015.
- Heep, Sandra* 2014: China in Global Finance. Domestic Financial Repression and International Financial Power, New York, NY.
- Heilmann, Sebastian/Rudolf, Moritz/Huotari, Mikko/Buckow, Johannis* 2014: China's Shadow Foreign Policy. Parallel Structures Challenge the Established International Order (Metrics China Monitor Newsletter 18), Berlin.
- Herr, Hansjörg* 2008: Das chinesische Wechselkurssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/2008, 27-32.
- Hoering, Uwe* 2017: Auf dem Weg zum Wirtschaftsimperium: Chinas neue Seidenstraße, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62: 10, 91-100.

- Hoge, James 2004: A Global Power Shift in the Making. Is the United States Ready?, in: Foreign Affairs 83: 4, 2-7.
- Holbig, Heike/Biba, Sebastian 2017: China in der G20. Ein schmaler Korridor für chinesisch-europäische Kooperation (GIGA Focus Asien 2), in: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1702.pdf; 3.9.2017.
- Ivanova, Maria 2013: Marx, Minsky, and the Great Recession, in: Review of Radical Political Economics 45: 1, 59-75.
- Jessop, Bob 1990: State Theory. Putting the Capitalist State in its Place, Cambridge.
- Koddenbrock, Kai 2018: Strukturwandel der Globalisierung? Brexit, Trump(ismus), Strategien Chinas und die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 126-143.
- Morrison, Wayne 2009: China and the Global Financial Crisis. Implications for United States (CRS Report for Congress, RS22984), Washington, DC.
- Morrison, Wayne/Labonte, Marc 2009: Chinas Holding of U.S. Securities. Implications for the U.S. Economy (CRS Report for Congress, RL34314), Washington, DC.
- Naughton, Barry 2007: The Chinese Economy. Transitions and Growth, Cambridge.
- New Development Bank (NDB) 2015a: Annex to the Articles of Agreement of the New Development Bank, in: <http://ndbbrics.org/agreement.html>; 10.9.2015.
- NDB 2015b: Agreement on the New Development Bank, in: <http://ndbbrics.org/agreement.html>; 10.9.2015.
- Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias/Claar, Simone/May, Christian 2015: Domestic Structures, Foreign Economic Policies and Global Economic Order, in: European Journal of International Relations 21: 3, 538-567.
- Nölke, Andreas 2018: Vom liberalen zum organisierten Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 181-198.
- Panitch, Leo 2010: Giovanni Arrighi in Beijing. An Alternative to Capitalism?, in: Historical Materialism 18: 1, 74-87.
- State Administration of Foreign Exchange (SAFE) 2014: The Scale of China's Foreign Exchange Reserves. December 1999 – September 2014, in: http://www.safe.gov.cn/wps/portal/ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3gPZxdnX293QwP30FAnA8_AEBc3C1NjIxMjA6B8JE55dzMDArrDQfbhVhFsjFeebD5I3gAHcDTQ9_Plz03VL8iN-MMgMSFcEAP5jfwo!/d13/d3/L2dJQSEvUUt3QS9ZQnZ3LzZfSENEQ01LRzEw-T085RTBJNkE1U1NDRzNMTDQ!/WCM_GLOBAL_CONTEXT=/wps/wcm/connect/safe_web_store/state+administration+of+foreign+exchange/data+and+statistics forex+re serves/bb4353804c420bf6aa0aaefd3fd7c3dc; 18.5.2015.
- Schmalz, Stefan 2010: Chinas neue Rolle im globalen Kapitalismus, in: Prokla 40: 4, 483-503.
- Schmalz, Stefan 2011: Eine kurze Geschichte des chinesischen Aufstiegs im kapitalistischen Weltsystem, in: Kurswechsel 17: 1, 106-116.
- Schmalz, Stefan 2015: An den Grenzen des American Empire – Geopolitische Folgen des chinesischen Aufstiegs, in: Prokla 45: 4, 545-562.
- Schmalz, Stefan/Ebenau, Mathias 2011: Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China, Berlin.
- Shih, Victor 2008: Factions and Finance in China. Elite Conflict and Inflation, Cambridge.
- Simon, Jenny 2015: Contesting Strategies after the Crisis. Political Projects of Renminbi Internationalization (unveröffentlichtes Manuskript; präsentiert auf der Konferenz »Financial Crises as Global Challenges. Actors, Structures and Logics of Global Finance« in Hannover, 24.-27.6.2015).
- Simon, Jenny 2016: Chinas Staatskapitalismus zwischen Rivalität und Interdependenz, in: Wissenschaft & Frieden 4/2016, 23-25.
- Solti, Ingar 2018: Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25: 2, 199-223.

- SWIFT* 2018: RMB Internationalisation. Where We Are and What We Can Expect in 2018, in: <https://www.swift.com/resource/rmb-tracker-january-2018-special-report>; 12.7.2018.
- ten Brink, Tobias* 2013: Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien, Frankfurt a. M.
- ten Brink, Tobias* 2014: The Challenge of China's Non-Liberal Capitalism for the Liberal Global Economic Order, in: *Harvard Asia Quarterly* 16: 2, 36-44.
- US Department of the Treasury* 2015: Major Foreign Holders of Treasury Securities, in: <https://www.treasury.gov/ticdata/Publish/mfh.txt>; 18.5.2015.
- van der Pijl, Kees* 1998: Transnational Classes and International Relations, London
- van der Pijl, Kees* 2006: Global Rivalries. From the Cold War to Iraq, London.
- Wallerstein, Immanuel* 1979: The Capitalist World-Economy. Essays, Cambridge.
- Wines, Michael/Bradsher, Keith/Landler, Mark* 2009: China's Leader Says He Is »Worried« over U.S. Treasuries, in: *New York Times*, 14.3.2009, <https://www.nytimes.com/2009/03/14/world/asia/14china.html>; 20.8.2018.
- Xi, Jinping* 2016: A New Starting Point for China's Development (Speech at the Opening Ceremony of the G20 Summit Hangzhou, 3.9.2016), in: http://www.g20chn.org/English/Dynamic/201609/t20160909_3414.html; 13.7.2018.
- Zhou Xiaochuan* 2009: Reform the International Monetary System, in: http://www.pbc.gov.cn/publish/english/956/2009/20091229104425550619706/20091229104425550619706_.html; 18.5.2015.
- Yu, Yongding* 2014: How Far Can Renminbi Internationalization Go? (ADBI Working Paper Series 461), Waterloo.